

Stand: 21.04.2024 22:29:23

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/384

"Stilllegung der Bioenergie verhindern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/384 vom 06.02.2024
2. Beschluss des Plenums 19/409 vom 07.02.2024
3. Plenarprotokoll Nr. 10 vom 07.02.2024



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Felix Locke, Josef Lausch, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöllner und Fraktion (FREIE WÄHLER),**

Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Ilse Aigner, Petra Högl, Jürgen Baumgärtner, Robert Brannekämper, Holger Dremel, Dr. Ute Eiling-Hütig, Alexander Flierl, Alfred Grob, Petra Guttenberger, Dr. Gerhard Hopp, Thomas Huber, Kerstin Schreyer, Dr. Harald Schwartz, Bernhard Seidenath, Josef Zellmeier, Daniel Artmann, Volker Bauer, Konrad Baur, Barbara Becker, Dr. Andrea Behr, Maximilian Böttl, Franc Dierl, Dr. Alexander Dietrich, Leo Dietz, Alex Dorow, Norbert Dünkel, Jürgen Eberwein, Dr. Stefan Ebner, Wolfgang Fackler, Kristian Freiherr von Waldenfels, Karl Freller, Thorsten Freudenberger, Sebastian Friesinger, Martina Gießübel, Patrick Grossmann, Josef Heisl, Thomas Holz, Martin Andreas Huber, Melanie Huml, Andreas Jäckel, Björn Jungbauer, Andreas Kaufmann, Manuel Knoll, Jochen Kohler, Joachim Konrad, Harald Kühn, Dr. Petra Loibl, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Stefan Meyer, Walter Nussel, Dr. Stephan Oetzing, Thomas Pirner, Tobias Reiß, Jenny Schack, Andreas Schalk, Josef Schmid, Helmut Schnotz, Sascha Schnürer, Thorsten Schwab, Werner Stieglitz, Martin Stock, Karl Straub, Peter Tomaschko, Carolina Trautner, Steffen Vogel, Peter Wachler und Fraktion (CSU)

Stilllegung der Bioenergie verhindern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine Neuausrichtung der Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)-Biomasseausschreibungen einzusetzen, um die drohende Stilllegungswelle bei Biogasanlagen zu verhindern. Insbesondere sollen die Ausschreibungsvolumina massiv angehoben werden.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag über ihre Aktivitäten für eine verstärkte Nutzung von Biogas und Biomethan als nicht-volatile und klimafreundliche Energieträger zu berichten.

Begründung:

Biomasse ist ein Eckpfeiler für das Gelingen der Energiewende. Sie liefert auch dann verlässlich klimafreundlichen Strom, wenn Wind- und Solarenergie witterungsbedingt ausfallen.

Mit der im Dezember 2023 beendeten EEG-Ausschreibungsrunde für Biomasse war erstmals eine Ausschreibungsrunde mehr als dreifach überzeichnet. Das Ausschreibungsergebnis ist der Vorbote einer drohenden Bioenergie-Krise: Zahlreiche bayerische Biogasanlagen nähern sich dem Ende der 20-jährigen EEG-Vergütungsdauer. Insbesondere aufgrund massiv gestiegener Kosten für Einsatzstoffe sind die Anlagen jedoch ohne eine anzupassende EEG-Vergütung nicht auskömmlich zu betreiben. Ohne Anschlusslösung droht daher eine großflächige Stilllegung von Biogasanlagen.

Um der Krise entgegenzuwirken, ist dringend eine Anpassung der Rahmenbedingungen durch den Bund erforderlich. Die nächste Novelle des EEG im Jahr 2024 bietet Gelegenheit dazu.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Florian Streibl, Felix Locke, Josef Lausch, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöllner** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Ilse Aigner, Petra Högl, Jürgen Baumgärtner, Robert Brannekämper, Holger Dremel, Dr. Ute Eiling-Hütig, Alexander Flierl, Alfred Grob, Petra Guttenberger, Dr. Gerhard Hopp, Thomas Huber, Kerstin Schreyer, Dr. Harald Schwartz, Bernhard Seidenath, Josef Zellmeier, Daniel Artmann, Volker Bauer, Konrad Baur, Barbara Becker, Dr. Andrea Behr, Maximilian Böttl, Franc Dierl, Dr. Alexander Dietrich, Leo Dietz, Alex Dorow, Norbert Dünkel, Jürgen Eberwein, Dr. Stefan Ebner, Wolfgang Fackler, Kristian Freiherr von Waldenfels, Karl Freller, Thorsten Freudenberger, Sebastian Friesinger, Martina Gießübel, Patrick Grossmann, Josef Heisl, Thomas Holz, Martin Andreas Huber, Melanie Huml, Andreas Jäckel, Björn Jungbauer, Andreas Kaufmann, Manuel Knoll, Jochen Kohler, Joachim Konrad, Harald Kühn, Dr. Petra Loibl, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Stefan Meyer, Walter Nussel, Dr. Stephan Oetzinger, Thomas Pirner, Tobias Reiß, Jenny Schack, Andreas Schalk, Josef Schmid, Helmut Schnotz, Sascha Schnürer, Thorsten Schwab, Werner Stieglitz, Martin Stock, Karl Straub, Peter Tomaschko, Carolina Trautner, Steffen Vogel, Peter Wachler und **Fraktion (CSU)**

Drs. 19/384

Stilllegung der Bioenergie verhindern

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine Neuausrichtung der Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)-Biomasseausschreibungen einzusetzen, um die drohende Stilllegungswelle bei Biogasanlagen zu verhindern. Insbesondere sollen die Ausschreibungsvolumina massiv angehoben werden.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag über ihre Aktivitäten für eine verstärkte Nutzung von Biogas und Biomethan als nicht-volatile und klimafreundliche Energieträger zu berichten.

Die Präsidentin

I.V.

Ludwig Hartmann

IV. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Josef Lausch

Abg. Oskar Lipp

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Ruth Müller

Abg. Steffen Vogel

Abg. Benjamin Adjei

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe nun zur Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

**Florian Streibl, Felix Locke, Josef Lausch u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und
Fraktion (CSU)**

Stilllegung der Bioenergie verhindern (Drs. 19/384)

Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Kollegen Josef Lausch von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön, Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Josef Lausch (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

(Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Aha! Jetzt kenne ich Sie, mein Lieber! – Heiterkeit bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

– Die Message ist bei mir angekommen, aber jetzt sprechen wir zum Thema. Lassen wir die Nickligkeiten beiseite. Ich spreche aus tiefster Überzeugung eines Praktikers, der schon seit 2007 eine kleine, bäuerliche Biogasanlage mit 100 kW elektrischer Leistung sowie ein kleines Wärmenetz betreibt und auch für die biologische Betreuung einiger Hundert Biogasanlagen beruflich verantwortlich war. Die Biomasse ist ein nicht zu unterschätzender Eckpfeiler für das Gelingen der Energiewende. Biogasanlagen liefern auch dann verlässlich klimafreundlichen Strom, wenn Wind- und Solarenergie witterungsbedingt ausfallen und sogenannte Dunkelflaute herrscht. Biogasanlagen sind sowohl grundlastfähig als auch flexibel steuerbar, unterstützen die regionale Wertschöpfung usw. Auch zur Wärmewende tragen Biogasanlagen bedeutend bei. Ich habe Kundschaft, die 80 bis 100 Haushalte mit Wärme zu versorgen hat. Das Beste daran ist: Die dabei entstehende Energie ist nahezu CO₂-neutral. Der Gesamtwirkungsgrad einer Biogasanlage liegt laut einer Studie der Universität Göttingen zwischen 3,5 und 4. Das heißt, eine eingesetzte Kilowattstunde erzeugt rund das 3,5-Fache an Energie. Mit jedem Tag, den eine Biogasanlage über den

ersten Vergütungszeitraum von zwanzig Jahren hinaus weiterläuft, wird die CO₂-Bilanz besser. Von jeder Kilowattstunde profitiert das Klima umso mehr.

Leider muss ich feststellen, mit der im November 2023 beendeten EEG-Ausschreibungsrunde für Biomasse, bei der sich Biogasanlagen nach dem ersten Vergütungszeitraum von zwanzig Jahren für weitere zehn Jahre für eine gewisse Energiemenge und einen bestimmten Preis bewerben konnten, war erstmals eine Ausschreibungsrunde mehr als dreifach überzeichnet. Das heißt, von über 900 Energieerzeugungsanlagen gingen zwei Drittel leer aus und haben jetzt noch eine letzte Chance bei der nächsten Ausschreibung im kommenden März. Die Begründung für dieses Desaster liegt klar auf der Hand; denn die Erfolgsstory der erneuerbaren Energien startete mit dem EEG 2004. Hier könnte man im grünen Bundeswirtschaftsministerium auf die Idee kommen, dass man zwanzig Jahre später auch die Ausschreibungsmengen anpassen müsste.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Manchmal fragt man sich, ob es Unverstand, Unvermögen, Unwissenheit, Unterlassung oder gar Vorsatz ist, was die Regierenden von SPD, GRÜNEN und FDP in Berlin zu solchen Ergebnissen antreibt. Biogas wird abgewickelt, fossile Gaskraftwerke, die wir natürlich noch brauchen, werden aufgebaut. Das soll noch grüne Politik sein?

Gerade auch solch irrwitzige Entscheidungen der Ampel, die leider nicht die einzigen sind, sind die Ursache für die Demonstrationen des Handels, des Mittelstands und der Landwirte. Wir brauchen alle erneuerbaren Energien! Viele Wege führen nach Rom. Insbesondere aufgrund massiv gestiegener Kosten für Einsatzstoffe und Unkosten sind die Anlagen ohne eine passive EEG-Vergütung nicht auskömmlich zu betreiben. Ohne Anschlusslösung droht daher eine großflächige Stilllegung von Biogasanlagen. Nur ein kleiner Teil wird durch Nutzung von Mist, Gülle und – soweit das die baurechtliche Genehmigung überhaupt zulässt – Bioabfällen wirtschaftlich überleben können. Das kann nicht sein, und das werden wir nicht zulassen!

Um dem entgegenzuwirken, ist dringend eine Anpassung der Rahmenbedingungen durch den Bund erforderlich. Die nächste Novelle des EEG bietet und böte die Gelegenheit dazu. Lassen wir diese doch bitte nicht tatenlos verstreichen! Um die drohende Stilllegungswelle bei den Biogasanlagen zu verhindern, fordern wir die Staatsregierung auf, sich auf Bundesebene für eine Neuausrichtung der EEG-Biomasseausschreibungen einzusetzen. Insbesondere die Ausschreibungsmengen müssen massiv angehoben werden. Erst gestern Abend hat sogar das ZDF-Magazin "frontal" einen ausgiebigen Bericht genau zu dieser Thematik ausgestrahlt.

Wir haben eine Verantwortung für jeden einzelnen Betreiber einer Biogasanlage, aber auch für eine klimaneutrale Zukunft. Unser Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger hat hier nach vielen Fachgesprächen mit zuständigen Fachverbänden und Behörden schon mit dem Förderprogramm BioMeth etwas vorgelegt. Bei diesem Programm werden Biogasaufbereitungsanlagen und Übergabestationen zur Einspeisung ins Erdgasnetz gefördert. Ebenso wird die Clusterbildung, das heißt der Zusammenschluss mehrerer kleiner Biogasanlagen, unterstützt, um die Möglichkeit und die Wirtschaftlichkeit der Hofbiogasanlagen deutlich zu verbessern. Natürlich sind die bayerischen Möglichkeiten begrenzt, und natürlich erwarte ich mir solche Förderprogramme vom Bundeswirtschaftsministerium, aber gerade das Gegenteil ist der Fall. Zu befürchten ist, dass – aus welchen Gründen auch immer – wieder eine ganze Branche der erneuerbaren Energien ohne Not abgewickelt wird.

Wir bitten um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Oskar Lipp für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Oskar Lipp (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Politische Urteilskraft bedeutet, politische Entscheidungen nach Zeiträumen zu unterscheiden. Das heißt konkret, dass wir Ihrem Antrag um der Energiebauern willen zustimmen werden; denn aktuell geht es um die Sicherung der Liquidität von Unternehmern, die langfristige Investitionen in die Bioenergie getätigt haben. Diese müssen jetzt bitter erfahren, dass die Ampel-Regierung ihre Energie gar nicht haben möchte. Es sind vor allem die bayerischen Bauern, die in die Bioenergiewirtschaft, wie zum Beispiel die Errichtung von Biogasanlagen, investiert haben. Wir stimmen deshalb Ihren Forderungen zu, damit unsere Unternehmer ihre Energie auch vergütet bekommen.

Wir von der AfD sagen aber, langfristig muss das EEG weg! Bayern ist selbst in der Lage, seine Energieversorgung auf effektive, günstige und innovative Weise zu gestalten. Das EEG dagegen ist ein mega-planwirtschaftliches Instrument mit weiteren Satellitengesetzen. Ein solches System greift tief in den Markt ein und diktiert den Preis, die Einspeisevergütung und viele Aspekte der Energieerzeugung. Dies führt unweigerlich zu Verzerrungen, Ineffizienzen und wirtschaftlichen Fehlanreizen. Das EEG hat eine starre Bürokratie geschaffen, die kaum jemand versteht. Die Bundesnetzagentur empfiehlt auf ihrer Internetseite sogar, dass sich Bioenergie-Unternehmer von Rechtsanwälten beraten lassen mögen. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen – man könnte sich aber auch an den einen oder anderen Lobbyisten hier im Raum wenden. Mal ehrlich, den Anwalt muss man erst einmal finden, der sich darin wirklich auskennt.

In Anbetracht dieser Risiken für die Unternehmer ist es an der Zeit, alternative Ansätze zur Förderung der Bioenergie zu starten. Statt auf ein zentralisiertes und bürokratisches System zu setzen, das auf Subventionen und bis zum Jahre 2023 auf Umlagen basierte, sollten wir marktorientierte Mechanismen fördern, die den Wettbewerb anregen und die Effizienz steigern.

(Beifall bei der AfD)

Die AfD fordert konsequent seit ihrer Gründung vor elf Jahren anstelle des EEG-Konzepts die Einführung von wettbewerbsorientierten Ausschreibungsverfahren, die Beseitigung von Marktverzerrungen und die Förderung von Innovation und Effizienz. Wir müssen eine bayerische Energiepolitik fördern, die nicht nur die Umwelt schützt, sondern auch die wirtschaftlichen Interessen unserer Bioenergie-Landwirte und die Interessen der Bürger in diesem Land berücksichtigt.

Bayern verdient eine Zukunft, in der Energie günstig und zuverlässig ist, und das für jede Person, jedes Unternehmen und jede Industrie in Bayern und Deutschland.

(Beifall bei der AfD)

Doch die Hüter des EEG wollen etwas ganz anderes: Sie wollen die Energieverfügbarkeit senken. Das ist der eigentliche Zweck der bisherigen Energieplanwirtschaft. Die herrschende Ideologie setzt ihren Willen bekanntlich durch Hypermoralisierung des einzelnen Bürgers durch. In Deutschland ist es längst ein moralisches Prinzip, bei jeder Betätigung des Lichtschalters ein schlechtes Gewissen zu haben.

(Markus Rinderspacher (SPD): So etwas Lächerliches!)

Dabei ist wissenschaftlich durch globale Vergleichsstudien nachgewiesen, dass der soziale und gesellschaftliche Fortschritt von der Verfügbarkeit von Strom und Energie abhängt. Wie eingangs erwähnt, stimmen wir dem Antrag zu. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Der nächste Redner ist der Kollege Martin Stümpfig für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es gibt in Bayern 2.751 Biogasanlagen. Wir GRÜNE wollen diesen Be-

stand erhalten; das ist zentral und wichtig. Wir wollen die Biogasanlagen flexibilisieren und die Wärmeauskopplung noch einmal fördern. Das sind zentrale Bestandteile.

Die Bundesregierung ist momentan dabei, die Biomassestrategie aufzusetzen, und die Eckpunkte stehen jetzt fest. Das ist noch in der Entwicklung. Das könnte aber auch schneller gehen – da gebe ich Ihnen recht, Herr Lausch. Die nächsten Jahre fallen viele Biogasanlagen aus der Ausschreibung heraus, gerade auch in meinem Landkreis. Es ist aber unserer Einschätzung nach der falsche Weg, wie in Ihrem Koalitionsvertrag enthalten, dass bis 2030 15 % mehr Biogaserzeugung geleistet werden soll. In meinem Landkreis Ansbach gibt es über 200 Biogasanlagen. Die landwirtschaftlich benötigte Nutzfläche für diese Biogasanlagen liegt bei 30 %; darauf werden Energiepflanzen angebaut. Hier sind wir über das Ziel hinausgeschossen, das muss man klar sagen. Wenn Sie jetzt pauschal 15 % mehr wollen, dann übt das einen zusätzlichen Druck auf die landwirtschaftliche Nutzfläche aus. Das erhöht noch einmal die Pachtpreise. Das geht in die falsche Richtung.

Wir können bei dem Passus in Ihrem Antrag, wonach die Ausschreibungsvolumina erhöht werden müssten, mitgehen, allerdings nicht bei dem Ziel, Biogas im großen Stil auszubauen und hier massiv nach oben zu gehen. Wir brauchen Biogasanlagen, um in Zeiten von Flauten damit arbeiten zu können und die Wärmeauskopplung zu machen; das auf jeden Fall. Wir sehen aber auch Nachteile bei der Biogaserzeugung. Das Ganze macht nur in Kombination mit Sonne und Wind Sinn, und nur so kann das funktionieren. Ich bin mit vielen Landwirten bei uns in der Region im Gespräch.

(Michael Hofmann (CSU): Aber im Moment macht ihr sie kaputt!)

Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass das bei den Ausschreibungen noch einmal schneller geht.

(Michael Hofmann (CSU): Bei wem wollt ihr euch denn einsetzen?)

Aber wie gesagt, im nächsten Solarpaket soll es kommen. Aber wie bereits ausgeführt, gibt es ein klares Nein zu Ihren Zielen. Es geht nicht, 15 % mehr Biomasse und Biogaserzeugung festzulegen. Wir haben nicht die Fläche und nicht das Holz dafür. Bitte denken Sie hier an die Grenzen unserer Ressourcen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Die nächste Rednerin ist die Kollegin Ruth Müller für die SPD-Fraktion. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Ruth Müller (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ausgerechnet die FREIEN WÄHLER und die CSU nehmen beim Thema erneuerbare Energien das Wort Stilllegung in den Mund. Das ist nach dem Desaster in Mering schon echt mutig, nachdem in den letzten Jahren alles verhindert und blockiert worden ist, was auch in Bayern die Energieversorgung sicher und bezahlbar machen und CO₂-neutral weiterentwickeln würde. Ich erinnere beispielsweise an den Bau des LNG-Terminals innerhalb von 200 Tagen durch unsere Bundesregierung. Wir haben uns in Berlin Stück für Stück unabhängig von Rohstoffen gemacht, die wir bisher aus anderen Ländern einkaufen mussten. Damit haben wir die Wertschöpfung im eigenen Land gestärkt, während andere die Angst vor einem Blackout geschürt haben. So geht eine gute Energie- und Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei der SPD)

Um die Biogasbranche zu erhalten und zu stärken, haben wir beispielsweise die Biogasanlagen von der Stromerlösabschöpfung ausgenommen und dadurch Tausende Betriebe gerettet. Einige Maßnahmen wurden befristet durchgeführt, aber hier laufen auf Bundesebene bereits Gespräche zur Zukunft von Biogas, zum Beispiel über eine verstärkte Vergärung von Abfall- und Reststoffen. Deshalb braucht es diesen Antrag nicht, und deshalb werden wir ihn ablehnen.

Denn die Zukunft der Energieversorgung ist ein intelligenter Energiemix aus allen grünen Energieträgern. Dadurch wird Energie billiger und bezahlbarer für alle. Die Bioenergie war für unsere Bundesregierung immer ein Teil der Lösung und damit auch der Gesetze. Aber auch hier gibt es natürliche Grenzen; denn die Anbauflächen lassen sich nicht unendlich vergrößern. Wir wollen auch nicht, dass dafür Wälder gerodet werden. Für uns als SPD ist klar, dass Biogasanlagen auch weiterhin eine wichtige Rolle im Stromsystem haben werden. Aber auch bei der kommunalen Wärmeplanung müssen sie viel stärker als bisher zur Lösung in den ländlichen Räumen mitgedacht werden.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, die Energiewende ist eine große Aufgabe für uns alle, wenn wir alle Potenziale ausschöpfen, wenn wir auch in Bayern den Mut haben, neue Projekte zu unterstützen, statt sie zu bekämpfen oder Ängste zu schüren. Es wäre schön, wenn wir auch in Bayern Minister hätten, die kein Blackout sind, sondern sich entschlossen dafür einsetzen, sich nicht wegducken und ihrer Arbeit für ein energieautarkes, bezahlbares und erneuerbares Bayern nachkommen.

(Beifall bei der SPD – Martin Wagle (CSU): Das war ja jetzt eine Zustimmung, oder?)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Der nächste Redner ist der Kollege Steffen Vogel für die CSU-Fraktion. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Steffen Vogel (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Diese Ampel-Regierung ruiniert unser Land mit Vollgas, mit Vollgas!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Widerspruch bei den GRÜNEN und der SPD)

Normalerweise hätte diese Bundesregierung die Aufgabe, die Energiewende, die Wärmewende mit Intelligenz zu steuern. Aber damit kann es nicht so weit her sein. Wenn

man es nüchtern betrachtet, dann muss die Problemzone von Habeck, Scholz & Co. direkt hinter der Stirn sitzen.

(Florian von Brunn (SPD): Ich bitte um mehr Mäßigung!)

Denn mit gesundem Menschenverstand ist es nicht mehr erklärbar, was da in Berlin getrieben wird. Deutschland war Energieexporteur. Jetzt sind wir unter dieser Ampel-Regierung selbst verschuldet zum Energieimporteuer geworden.

(Florian von Brunn (SPD): Stimmt nicht! – Jürgen Mistol (GRÜNE): Das ist falsch, wir haben keinen Engpass!)

Wir haben einen Versorgungsengpass. Was versucht die Bundesregierung in diesem Versorgungsengpass zu machen? – Kohle aus Ecuador, Kohle aus Kolumbien, Kohle aus Südafrika mit dreckigen Schwerlastschiffen durch die ganze Welt zu schippern und dann bei uns zu verbrennen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir kaufen teuerstes Frackinggas, schicken das mit großen Schiffen – ein Drittel Wirkungsgradverlust – von Amerika zu uns. Wir kaufen von der Musterdemokratie Katar ab dem Jahr 2026 LNG-Gas. Wir bauen vier LNG-Terminals, Kosten: 10 Milliarden Euro. Ihr Betrieb hat übrigens schwere Auswirkungen auf Mensch und Umwelt. Schauen Sie sich das Wattenmeer an. Allein das LNG-Terminal Wilhelmshaven hat die Genehmigung, 178 Millionen Kubikmeter chlorhaltiges Abwasser in den Jadebussen einzuleiten. Umweltverbände klagen dagegen. Die Bevölkerung vor Ort befürchtet Schäden für die Tierwelt und die Natur und ist verunsichert. Das ist dieser Ampel-Regierung vollkommen egal – Hauptsache die Ideologie stimmt!

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der AfD)

Die eigenen Möglichkeiten, die wir in unserem Land haben – –

(Zurufe von den GRÜNEN und der SPD)

Sie sagen, wir machen uns nicht abhängig. Wir machen uns aber abhängig vom Amerikaner, von Katar und anderen.

(Zurufe von den GRÜNEN und der SPD)

Die eigenen Möglichkeiten, um Energie selber zu produzieren, werden kaputt gemacht.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der AfD)

Wir haben 10.000 Biogasanlagenbetreiber in Deutschland. Diese werden von dieser Bundesregierung mit aller Härte bekämpft. Warum?

(Tim Pargent (GRÜNE): Quatsch!)

– Natürlich ist das so! Das EEG, das vorgelegt wird, ist eine echte Existenzgefährdung. Es ist der letzte Sargnagel für die Biogasbetreiberinnen und Biogasbetreiber. Warum? – Weil die EEG-Ausschreibung, der Kollege Lausch hat es erklärt – –

(Zuruf des Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE))

Wir haben 600-Megawatt-Anlagen, die bei der Ausschreibung nicht berücksichtigt worden sind. Das ist der Sargnagel. Die haben Existenzängste.

Man muss dazu sagen: Die Biomasse ist da. Die Bioenergie ist grundlastfähig und hochregelbar. Sie ist auch bei Dunkelflauten steuerbar. Diese heimische und dezentrale Energiequelle wird von dieser Ampel einfach kaputt gemacht. Wie kann man das denn anders auffassen? – So ist es.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der AfD – Zurufe von den GRÜNEN)

Man muss sich einfach mal vor Augen führen: Bei mir im Stimmkreis haben sich Kommunen auf den Weg gemacht, um die Energiewende und Wärmewende einzuleiten.

Die haben Nahwärmenetze, damit man die Abwärme nutzen kann. All diese Modelle werden kaputt gemacht. Deswegen brauchen wir dringend eine Reform des EEG.

Wir brauchen diese Reform dringend, weil wir zu unseren Biogasbetreibern, zu unseren Landwirten stehen. Wir brauchen endlich die Anhebung des Ausschreibungsvolumens. Wir brauchen Kontinuität bei den 600 Megawatt und keine Absenkung im Jahr 2024 auf nur noch 500 Megawatt, im Jahr 2025 nur noch 400 und im Folgejahr nur noch 300. Tausende Anlagen werden rausfallen. Wir brauchen eine Abschaffung der Degressionsregelung, damit wir dauerhaft die 600 Megawatt haben.

Dann brauchen wir die Bemessungsleistung für Biomethan in Blockheizkraftwerken. Die muss von 10 % auf 30 % angehoben werden. Wir brauchen auch den Flexibilisierungszuschlag, der derzeit bei 65 Euro pro installierter Kilowattstunde liegt. Er muss auf 85 Euro steigen. Auch das Baurecht müsste so angepasst werden, dass Biogasanlagen neu gebaut werden können. Das ist aktuell nämlich vollkommen falsch. Sie argumentieren: Ja, wir wollen alle erhalten. Die derzeitige Regelung macht Biogasanlagen aber kaputt! Sie macht sie kaputt, weil die Bauherren über die Ausschreibung keinen Zuschlag mehr kriegen.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Stümpfig (GRÜNE))

Wir sehen in der Biomasse eine Zukunftstechnologie und wollen ihren weiteren Ausbau. Deswegen will die Bayerische Staatsregierung bürokratische Hemmnisse abbauen. Vorhin wurde schon die Anlage für wassergefährdende Stoffe usw. angesprochen und dass man sie reinigt, damit es Biogasanlagen auch in der Zukunft noch gibt und sie weiterhin gebaut werden können.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der AfD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir stehen zu unserer Landwirtschaft. Ich habe den Eindruck, das Ganze ist auch wieder ideologiegetrieben; denn anders ist die Politik dieser Bundesregierung nicht zu erklären. Warum? Wer sind denn die 10.000 Anla-

genbetreiber? – Es sind Landwirte. Offensichtlich gönnt diese Ampel-Regierung den Landwirten ihr Zusatzeinkommen nicht. Anders ist das schließlich nicht erklärbar. Wir machen 10.000 dezentrale Anlagen kaputt und bauen stattdessen fünf Großkraftwerke. Die fünf LNG-Terminals werden von Großkonzernen gebaut. Die eigene Gasversorgung mit Biogas machen wir aber kaputt. Das kann man nur als ideologiegetrieben ansehen.

Wir von CSU und FREIEN WÄHLERN sind der festen Überzeugung, dass auch Biomasse in Zukunft eine große Rolle spielen kann. Uns ist es jedenfalls zehnmal lieber, die Energie kommt heimisch und dezentral. "Kuhmist statt Frackinggas!", das ist unser Schlagwort.

In diesem Sinne vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Bitte stimmen Sie diesem Dringlichkeitsantrag zu.

(Lebhafter Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Genau!)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, es liegen zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung vor. – Für die erste Zwischenbemerkung erteile ich dem Kollegen Benjamin Adjei von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

(Unruhe)

Ich bitte Sie erst einmal um ein bisschen Ruhe in den eigenen Reihen. Ihr Kollege möchte eine Zwischenbemerkung machen.

Benjamin Adjei (GRÜNE): Lieber Herr Kollege Vogel, Sie sind jetzt gerade sehr intensiv über die LNG-Terminals und über ihren Bau hergezogen. Zur Erinnerung: Als Putin im Jahr 2022 die Ukraine überfallen hat, hat Deutschland reagiert und Putins Gas nicht mehr importiert und Alternativen zum Bezug russischen Gases schaffen müssen. Deshalb wurden die LNG-Terminals gebaut.

Jetzt die Frage an Sie: Finden Sie tatsächlich, dass es ein Fehler war, die LNG-Terminals zu bauen, um Putins Gas nicht mehr zu benötigen? Hätten Sie tatsächlich Putins Gas weiterhin nach Deutschland und nach Bayern importiert?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Steffen Vogel (CSU): Lieber Herr Kollege Adjei, vielen Dank für diese wunderbare Vorlage. Wir waren für den Ausstieg aus der Kernenergie. Wir waren dafür, als Brückentechnologie billiges Gas aus Russland zu importieren. Durch den Einmarsch Putins in die Ukraine hat sich die Sachlage vollkommen geändert. Die richtige Reaktion deutscher Politik hätte sein müssen, die Kernkraftwerke in Deutschland weiterlaufen zu lassen.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der AfD)

Es ist vollkommen absurd – –

(Zurufe von den GRÜNEN)

Das wäre die Energiequelle gewesen. Dann hätten wir diese Terminals in diesem Maße überhaupt nicht gebraucht, weil der Weiterbetrieb sicherer Kraftwerke, von bayerischen Kernkraftwerken, die Energieversorgung sichergestellt hätte.

(Lebhafte Zurufe von den GRÜNEN und der SPD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte lassen Sie den Kollegen Vogel ausreden. Das sind keine Zurufe mehr, sondern das ist ein Klangteppich, der es unmöglich macht, auf die Zwischenbemerkung des Abgeordneten Benjamin Adjei zu antworten. – Herr Vogel, bitte schön. – Ach so, Sie sind fertig.

Zur zweiten Zwischenbemerkung erteile ich dem Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn von der AfD-Fraktion das Wort.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Geschätzter Herr Vogel von der CSU, ich stimme Ihnen zu, dass wir die Landwirte unterstützen müssen. Das möchte die AfD auch. Man muss aber auch sagen: Langfristig ist es ein marktwirtschaftliches Ziel, von den Subventionen wegzukommen, wir wollen, dass es unseren Bauern so gut geht, dass sie die Subventionen nicht brauchen.

Sie haben generell das Thema Energie angesprochen. Wenn man dieses anspricht, muss man auch so ehrlich sein und sagen, dass die Union, die CSU, diese teuren Energiepreise selbst verursacht hat. Ich spreche einfach nur die Energiewende generell an. Seit dem Beginn der Energiewende sind die Energiepreise für alle stark gestiegen. Ich spreche aber auch gerne die Kernenergie an. Herrn Söder wird es vielleicht interessieren; denn er war damals einer derjenigen, die den Ausstieg aus der Kernenergie wollten.

Die LNG-Terminals, die Sie angesprochen haben, kommen tatsächlich nur deshalb, weil man es akzeptiert, dass auf eine deutsche Pipeline ein Anschlag verübt wird und noch nicht einmal Aufklärung gefordert wird. Das heißt, wenn man von der AfD-Position ausgehen würde, hätten wir schon längst viel niedrigere Energiepreise, und zwar auch mit Bioenergie.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Herr Kollege Vogel.

Steffen Vogel (CSU): Herr Kollege Hahn, ich habe es doch gerade erklärt. Ich weiß nicht, ob Sie nicht zugehört haben. Wir waren auch für den Ausstieg aus der Kernenergie. Der Ausstieg war richtig, weil man als Brückentechnologie günstiges Gas aus Russland hätte beziehen können. Diese Sachlage hat sich mit dem Einmarsch der russischen Armee in die Ukraine, mit dem niemand rechnen konnte, fundamental geändert.

In dem Moment waren ich und wir absolut dafür, die Kernkraft in Deutschland weiter zu betreiben. Man hätte die bestehenden Kernkraftwerke als Brückentechnologie weiterlaufen lassen müssen.

(Tim Pargent (GRÜNE): Wie soll denn das gehen?)

– Wieso denn nicht? Andere Länder bauen sogar neue Kernkraftwerke. Tschechien baut neue.

Aber ich bin jetzt bei der Zwischenbemerkung von Herrn Prof. Hahn. Was war der zweite Teil der Frage?

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Der Anschlag auf die Pipeline!)

Das Thema Biomasse. Wir sind beim Biogas. Biogas liefert derzeit 95 Terawattstunden. Wenn wir einen weiteren Ausbau – das hat nichts mit Subventionen zu tun, sondern mit kostengünstiger heimatnaher Energieerzeugung – wollen, ist es dann günstig, Tankschiffe aus Amerika herzuschicken? Was kostet dieses LNG-Gas aus Katar? Was kostet es, die Terminals zu bauen? Ich sage: Ich gäbe das Geld lieber unseren heimischen Landwirten statt den Großkonzernen, den Amerikanern oder Scheichs in Katar. In unserer heimischen Landwirtschaft und bei unseren heimischen Anlagenbetreibern ist das Geld viel besser angelegt; das wäre besser, als das Geld anderen hinterherzuschmeißen. Die Ampel hat das aus ideologischen Gründen anders gemacht.

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER und der CSU-Fraktion auf Drucksache 19/384 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD. Gegenstimmen! – Das ist die Fraktion der SPD. Stimmenthaltungen! – Das ist die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

